

Zug, 18.11.2025

## **Motion für einen PFAS-Aktionsplan**

von Tabea Zimmermann (ALG, Zug), Jean Luc Mösch (Die Mitte, Cham), Luzian Franzini (ALG, Zug) und Adrian Rogger (SVP, Baar).

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen **kantonalen PFAS-Aktionsplan** vorzulegen, der die Bewältigung der bestehenden und potenziellen PFAS-Belastungen im Kanton Zug strukturiert und finanziert. Der Aktionsplan soll insbesondere folgende Elemente enthalten:

- 1. Die finanzielle Entschädigung der betroffenen Berufsfischer:innen und Bauern und Bäuerinnen**, deren Produktion, Erwerbstätigkeit oder Bodennutzung aufgrund von PFAS-Belastungen eingeschränkt oder verunmöglicht wird.
- 2. Die Erfassung und Untersuchung potenziell kontaminierten Standorte sowie die Identifikation heutiger und historischer PFAS-Emissanten und Stoffströme**, einschliesslich der bereits bekannten belasteten oder verdachtsbehafteten Standorte. Dies betrifft insbesondere ehemalige Brandereignisse sowie Löschübungsplätze der Feuerwehren, Landwirtschaftsflächen mit Klärschlamm-Ausbringung, Deponien sowie Industriebetriebe wie Galvaniken.
- 3. Die Prävention neuer Einträge und Reduktion PFAS-haltiger Produkte im öffentlichen Sektor**, insbesondere durch PFAS-freie Beschaffungen, verbindliche Vorgaben bei kantonalen und kommunalen Infrastruktur- und Bauprojekten sowie den Einsatz PFAS-freier oder Betriebsmittel. Dabei ist insbesondere der Einsatz PFAS-haltigen Löschschaums bei den Feuerwehren möglichst zu vermeiden.
- 4. Die Stärkung des technischen und analytischen Fundaments**, insbesondere durch Ausbau von Monitoring, Analytik und Informationsbeschaffung zu PFAS-Eliminations- und Aufbereitungstechnologien.

Zur Umsetzung des Aktionsplans legt der Regierungsrat die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vor und koordiniert sich mit Nachbarkantonen und dem Bund.

## **Begründung**

Bereits heute bestehen deutlich nachgewiesene PFAS-Belastungen in Umwelt und Lebensmitteln, erhebliche Risiken für Gewässer und Boden sowie akute wirtschaftliche Schäden – insbesondere für Berufsfischer:innen und für landwirtschaftliche Betriebe, deren Böden stark belastet sind.

Die PFAS-Belastungen im Kanton Zug und in der Schweiz zeigen ein breites, systemisches Muster, das rasches und koordiniertes Handeln notwendig macht. Die Interpellationsantwort des Regierungsrats vom 18. März 2025 verweist auf deutliche und weit verbreitete Belastungen im Grundwasser: 64 Prozent der Proben enthielten PFAS, an drei Messstellen kam es zu Höchstwertüberschreitungen. Ebenso wurden in Fliessgewässern mit Bezug zu Siedlungsräumen signifikant erhöhte Werte festgestellt, nicht zuletzt im Abenteuerland ZuKi-Teuflibach in Cham. Die kantonalen Erhebungen zeigen insgesamt rund 60 PFAS-relevante Löschschaumstandorte sowie rund 20 weitere Verdachtsflächen, die untersucht werden müssen.

Parallel dazu bestätigt die Medienmitteilung des Kantons Zug vom 14. November 2025, dass Hecht und Egli aus dem Zugersee die lebensmittelrechtlichen PFAS-Höchstgehalte deutlich überschreiten und daher ab sofort weder verkauft noch abgegeben werden dürfen. Dies führt zu sofortigen und erheblichen Erwerbsausfällen der Berufsfischerinnen und Berufsfischer und zeigt die Dringlichkeit eines systematischen Entschädigungsmodells. Der Regierungsrat anerkennt die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung im Grundsatz bereits.

Die schweizweiten Erkenntnisse verstärken das Bild einer breitflächigen Umweltbelastung:

- **Kanton St. Gallen** hat aufgezeigt, dass PFAS in Böden, Oberflächengewässern, Grundwasser und in Lebensmitteln nachweisbar sind, wobei Altstandorte wie Löschübungsplätze, Industrieareale oder ehemalige Deponien besonders kritisch sind. Die St. Galler Erfahrung zeigt, dass systematische Standortabklärungen und transparente Risikokommunikation unabdingbar sind.<sup>1</sup>

Im Kanton Zug fehlt ein solcher Aktionsplan bis jetzt. Die geforderte Motion fordert deshalb:

- **Entschädigungen**, um existenzielle Härtefälle zu vermeiden,
- **systematische Standortabklärungen** zur Risikominimierung,
- **Prävention**, um neue Belastungen zu vermeiden,
- **Monitoring und Analytik**, um fundierte Entscheidungen zu ermöglichen.

---

<sup>1</sup> <https://www.sq.ch/umwelt-natur/umwelt/pfas-im-kanton-st-gallen.html>